Toleranz - nicht gefragt

Autor(en): **Wolfgang, Otto**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **55 (1972)**

Heft 3

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-411978

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Eheseelsorger, Pfarrer Venetz, hat sich in einer öffentlichen Erklärung scharf gegen Mamie gewandt, weil er die Vorbereitung der katholischen Synode 1972 durch Verweigerung der freien Diskussion störe und damit überhaupt illusorisch zu machen drohe. Der Fall Pfürtner hat darüber hinaus ein lebhaftes Echo in der Presse gefunden, das Fernsehen hat ihn in seiner Rundschau aufgegriffen, verschiedene Zeitungsäusserungen brachten ihn in Zusammenhang mit der Aufhebung des Jesuitenartikels, gegen die sich nun wohl auch Kreise wenden würden, die bisher geneigt waren, diese Aufhebung hinzunehmen. Der Eingriff des in Rom sitzenden Dominikanergenerals und des Bischofs Mamie in die Lehrfreiheit an schweizerischen Universitäten hat fraglos weite Kreise aufgeschreckt.

In dieser öffentlichen Diskussion sind nun einige recht bemerkenswerte Dinge ans Licht gekommen. So etwa, dass seit 1889 ein Vertrag zwischen dem Kanton Freiburg und dem Dominikaner-Orden besteht, der diesem ein Aufsichtsrecht über die theologische Fakultät der Universität einräumt. Und das, obwohl die Kosten der Universität zu 95 % von Bund und Kanton und nur zu 5 % von katholischen Organisationen getragen werden. Bezeichnenderweise weigert sich die Freiburger Kantonsregierung diesen Vertrag zu veröffentlichen, er ist also ein Geheimvertrag, der einem internationalen Orden Rechte über die Universität Freiburg gewährt. Das ist ein skandalöser Zustand. Ludwig Minelli macht in der «Basler Nationalzeitung» darauf aufmerksam, dass dieser Vertrag verfassungswidrig sei, nicht zuletzt, weil Verträge mit auswärtigen Mächten und Organisationen Bundes- und nicht Kantonssache sind. Dass Bischof Mamie mit der Entfesselung der Kampagne gegen Pfürtner dem Schweizer Katholizismus einen schlechten Dienst erwies, lässt sogar das katholische «Vaterland» in Luzern erkennen, indem es Mamie vorwirft, als einzelner Bischof ohne Konsultation der Bischofskonferenz gehandelt zu haben und so als Einzelgänger an die höchsten kirchlichen Instanzen in Rom herangetreten zu sein. In dem erwähnten Artikel von Ludwig Minelli wird dann der Vorschlag gemacht, den Jesuitenartikel der Bundesverfassung durch einen «Staatsschutzartikel» zu ersetzen, der folgenden Wortlaut haben könnte: «Religionsgemeinschaften, die von den Kantonen öffentlich-rechtlich anerkannt werden, haben eine demokratische Ordnung im Sinne von Art. 6 Absatz 2 lit. b der Bundesverfassung aufzuweisen, wobei mindestens die Wahl der Pfarrer durch das Volk zu erfolgen hat. Sieht die Ordnung geistliche oder andere Vorgesetzte der Pfarrer vor, sind diese durch die Gesamtheit der Pfarrer zu wählen.» Minelli bemerkt dazu noch: «Solange eine Kirche die öffentlich-rechtliche Anerkennung (und damit das vom Staat verliehene Besteuerungsrecht ihrer Mitglieder) nicht verlangt, hat sie den Status eines Vereins, dessen demokratische Formen das Zivilrecht regelt. Im Augenblick der öffentlich-rechtlichen Anerkennung sind jedoch diese Formen heute von Bundes wegen nicht mehr gesichert, sondern es ist den Kantonen überlassen, diese Regeln zu fixieren.» Mit einer derartigen Demokratisierung der inneren Ordnung der Kirchen könnte eine demokratische und damit dem gesellschaftlichen Wesen der Schweiz entsprechende Organisation geschaffen werden, welche sich gegen solche empörende Uebergriffe wie die des Bischofs Mamie, des Dominikanergenerals und der vatikanischen Glaubenskongregation erfolgreich wehren könnte. Das kirchliche Establishment wird allerdings von diesem Vorschlag nicht begeistert sein. Wir unsererseits sind für totale Trennung von Kirche und Staat, für die Aberkennung des Charakters einer Korporation öffentlichen Rechts für alle Religionsgemeinschaften und ihre Unterstellung unter die zivilrechtliche Regelung des Vereinsrechts. Der Bund aber sollte in der Tat eingreifen, wo Kantone verfassungswidrig mit ausländischen kirchlichen Instanzen Geheimverträge zur Knebelung der Lehr- und Meinungsfreiheit an Schweizer Hochschulen schliessen. Wir sind gespannt, wie sich der Fall Pfürtner—Mamie weiterentwickelt.

Walter Gyssling

Toleranz – nicht gefragt

Unlängst erwähnte am BBC der ehemalige Präsident der Studentenunion, dass es zu seiner Zeit möglich war, einen Rechtsradikalen einzuladen, der ruhig und zivilisiert angehört wurde; und auch die Diskussion wurde in Ordnung durchgeführt, was heute schon darum unmöglich wäre, weil Linksradikale eine solche Aussprache mit Demonstrationen und Gewalthandlungen von Haus aus verhindern würden.

Derzeit läuft ein Prozess gegen einen jungen Liberalen, der es sich zur besonderen Aufgabe gemacht hatte, Sportveranstaltungen zu verhindern, bei denen eine Partei aus Südafrika kommt. Die Sportfreunde, die dennoch solchen Veranstaltungen beiwohnen möchten, machen geltend, dass damit nicht die Apartheidpolitik Südafrikas vernichtet werden kann und vor allem Sport unpolitisch sein sollte. Vor allem aber ergibt sich die Frage, warum derlei Proteste nur nach rechts gemacht werden, wenn in der Sowjetunion Intellektuelle, die Kritik äussern, in Irrenanstalten verschickt werden und Diskrimination sogar gegen Weisse selbst losgelassen wird. Schämen sich die linken Diktatoren bei uns, dass unter dem Banner von «Sozialismus» (unter Gänsefüsschen) die Zustände dort noch jene der rechten Rassisten übertrumpfen, oder handelt man einseitig, weil es leichter ist, kleine Staaten zu boykottieren, als sich mit einem Superstaat zu verfeinden?

Tatsache aber bleibt, dass heutzutage durch Demonstrationen gewisser Radikalkreise, bei denen man Nazimethoden anwendet (einer schreit Losungen, der Chorus brüllt stundenlang die gleiche Antwort), der Gesamtheit vorgeschrieben und verboten wird — und das alles unter dem Vorwand, dass wir noch Demokratie haben. Dabei aber gibt es bereits eine Gewissensdiktatur wie unter Hitler und Stalin, McCarthy, dem Ku-Klux-Klan und der Birch Society.

Im alten Persien entstand unter dem Namen eines angeblichen Gründers Zarathustra eine dualistische Religion, worin alle Guten aufgerufen wurden, das Böse zu bekämpfen. Die Idee von Weiss und Schwarz — ohne Zwischenstufen — kam über das Juden- und Christentum bis auf uns und die Radikalen der «New Left». Als Reaktion antworten nun die Neger, dass Schwarz = schön ist, dass alle Weissen Lumpen sind, die mit Atombomben und Napalm Farbige töten.

«University», die Zeitschrift der amerikanischen Princeton-Universität, bringt in Nr. 44 vom Frühling 1970 einen Artikel ihres Philosophieprofessors Walter Kaufmann («On Dualistic Thinking — from Mani to the New Left»).

Im Sommer 1963, schreibt er, besuchte er ein Zen-Kloster in Kyoto; man endete mit einer Vorlesung aus den Schriften des Rechtsradikalen D. T. Suzuki, worin behauptet wird, dass Europäer aggressiv sind und alles beherrschen wollen, ganz im Gegensatz zu den lammfrommen Japanern, die bloss mit der Natur in Einklang kommen wollen. Die Demonstrationen ehemaliger Kriegsgefangener in Japan gegen den Besuch Kaiser Hirohitos in Europa beweisen, wie lächerlich Suzukis Schwarzweissmalerei ist. Aber ebenso verlogen ist die Lehre der weissen Rassisten, dass nur sie Kultur haben: Beweis die Kernbomben auf Hiroshima und Nagasaki und die sinnlose Zerstörung Dresdens.

Warum diese primitiven Schwarzweiss-Ansichten?

Professor Kaufmann, der diese Einstellung als Manichäismus bezeichnet (nach dem Perser Mani, der im 3. Jahrhundert eine zarathustrische Version des Christentums predigte) hat folgende Erklärung:

«Heute, wo die Weltlage und die Gesellschaft, in welcher unsere Jugend aufwächst, von einer beängstigenden Komplexität sind, ist die Sucht nach Manichäismus grösser denn je. Im Mass als gesellschaftliche und internationale Probleme mehr und mehr verworren und unlösbar erscheinen, sucht man Sicherheit in einer Welterklärung, indem man alles auf die einfachste Losung von Schwarz oder Weiss bringt.»

Marx ist klar genug für jene, die manuell arbeiten; nicht aber für Intellektuelle, für die es nötig erscheint, «genug Jargon und Unverständlichkeit» anzufügen, damit ihr System tief und akademisch klingt. Und so haben sie denn in Marcuse ihren Propheten gefunden und verkünden die Dreiheit «Marx, Mao und Marcuse».

«Die Bücher Herbert Marcuses hatten nie ein Zehntel der Aufmerksamkeit erweckt, die man Jean-Paul Sartres Schriften verlieh ... er war beinahe 70, als es einschlug, und mit einemmal war er in der Rolle, für die Sartre sich zwanzig Jahre lang bemüht hatte. Sogar in Frankreich betrachten die Studenten nicht Sartre als ihren Propheten, obgleich er doch viel klarer versucht hatte, eine «anwendbare» Philosophie durch Verquickung von Marxismus und Existentialismus zu schaffen. Und in hohem Masse war Sartre auch unvergleichlich weniger bourgeois und viel mehr ausserhalb der ‚Staatseinrichtung'. Warum also zogen die Studenten Marcuse vor?»

Sartre ist nicht bloss oberflächlich komplex, er misstraut allen Vereinfachungen und untersucht jede Frage und ihre Perspektiven genauest; daher bietet er keine «seelische» Sicherheit durch Schlagworte und angelesene Meinungen. Die breite Masse — schrieb Sartre in «Les Mains Sales» — «fürchtet sich vor Vernunftargumenten; man will lieber eine Lebensphilosophie annehmen, in der Vernunftgründe und Untersuchung bloss eine untergeordnete Rolle spielen und worin man bloss das sucht, was man bereits glaubt gefunden zu haben.» Solche Menschen fürchten allein zu stehen, sie heulen lieber mit der Masse.

In den sechziger Jahren wandte sich Sartre dem Marxismus zu und erklärte Existentialismus als ein «parasitisches Phänomen am Rande der Erkenntnis». Um nicht Herdenmensch zu werden, weigerte er sich sogar den Nobelpreis anzunehmen, und auch seine Art Marxismus ist so individualistisch, dass Herdenmenschen damit nichts anzufangen wissen. Marcuse hingegen machte Aufsehen mit seinem «Eindimensionalen Mann» und «Répressive Tolérance». Dieses ist der Inbegriff von «Manichäismus».

«Marcuses Angriff richtet sich gegen ‚aktive, offizielle Duldung sowohl der Rechten wie der Linken, von aggressiven wie friedlichen Bewegungen, von Parteien des Hasses wie der Menschlichkeit'. Und er nennt solche Duldung ‚reine Toleranz', weil sie vermeidet, Partei zu ergreifen.»

Wenn nun die Dinge so einfach lägen, wäre es natürlich falsch neutral zu sein, d. h. wenn «Rechts» immer Aggression, «Links» immer Frieden bedeutete. Wenn, weiter, «Intelligent» immer «Informiert» bedeutete, während nur «uninformierte» stupide Menschen Aggression und Hass predigten. Nun sind aber doch wohl auch intelligente Menschen oft «uniformed» (unorientiert), oder sie sind zwar intelligent und unterrichtet (informed), aber doch aggressiv und rassistisch; und sowohl unter Linksradikalen wie den Schwarzen Panthern gibt es genug Hass.

Marcuse fordert —

«ein Ende von Rede- und Versammlungsfreiheit für Gruppen und Bewegungen, die Aggression, Aufrüstung, Chauvinismus, Diskriminierung aufgrund von Rasse und Religion auf ihre Fahnen geschrieben haben oder welche sich entgegenstellen einer Erweiterung öffentlicher Dienste, sozialer Sicherheit, Gesundheitsdienst usw.» und er fügt hinzu, dass «die Unterscheidung zwischen befreienden und repressiven, menschlichen und unmenschlichen Lehren und Praktiken ... nicht eine Frage von Wertbevorzugung, sondern von rationellen Kriterien» sei.

Ein Kriterium also, das unlösbar mit Unwissenheit, Stupidität, Hass, Unmenschlichkeit und was es sonst Schlechtes gibt zusammenhängt. Jedermann mit seinen fünf gesunden Sinnen, heisst es, soll dies entscheiden können, sofern er gereift ist und rationell zu denken gelernt hat; die Adjektive «gereift» sowie «rationell und unabhängig» denken, stehen allerdings in Widerspruch zu den Tatsachen. Daher macht er es den Radikalinskis einfach, indem er erklärt, «befreiende Toleranz ist gleich Intoleranz gegen Rechtsbewegungen».

Wie ist es aber nun, wenn Linksradikale zum Beispiel schwer enttäuscht über das, was jetzt in der Sowjetunion als «Sozialismus» gepredigt wird, ins Gegenteil verfallen, wenn das Pendel nach der anderen Seite schwingt? Sind diese «Wissenden» mit einemmal stupid, verblödet geworden? Hängt wirklich alles vom Denken ab, das Marx als Ueberbau der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse erklärt hat? Schon Zarathustra versprach die Erlösung, wenn die Söhne des Lichts gegen die Mächte der Finsternis kämpfen. Es hat aber bis heute nichts genützt, denn wer sind wirklich die «Söhne des Lichts», die Parteien weisser oder schwarzer Rassisten? Die Protestanten oder Katholiken Irlands?

Selbst die radikalen Studenten sind nicht in einer einzigen Partei vereint, und radikale Negergruppen bekämpfen oft einander: Malcolm X wurde von einem Schwarzen Muslim erschossen, gegen diese wenden sich Eldrigge Cleaver und die Schwarzen Panther, und sie alle hassen Martin Luther-King. Die Hippies wiederum sind gegen die Einseitigkeit der Radikalstudenten, die auf reine Reaktion hinausläuft.

«Aber selbst die Hippies sind nicht vollends auf dem Weg zu Toleranz und Pluralismus; in der Praxis repräsentieren sie eine weitere Gruppe von äusserster Uni-

Formulare zum Kirchenaustritt

sind bei der Geschäftsstelle der FVS, 8047 Zürich, Langgrütstrasse 29, erhältlich.

formierung in Haartracht, Kleidung und Art zu leben . . .»

Das Spektrum der heutigen Gesellschaft ist vielfarbig und kann nur so erfasst werden, doch gehört Mut dazu es auszusprechen, wenngleich es noch nicht genügt, Ordnung hineinzubringen.

Wenn Marcuse von Unduldsamkeit gegen rechts spricht, meint er Zensur (sogar Vorzensur) und politische Reglementierung, worin eine Gruppe festgelegt, was in Rede und Druck erlaubt ist, während die andere kein Recht hat, ihre Ansichten auszudrücken, geschweige zu erwidern. Mit Maulkorbzwang gibt es keine Forschung nach neuen Ideen, denn nur in freiem Ideenaustausch kann politische Freiheit gedeihen. Man kann auch ohne Gewissenszwang und Zensur Partei ergreifen, solange man verhindert, dass eine Seite — rechts oder links — eine Meinung allein als zulässig erklärt und alles andere unterdrückt.

Die Religiösen gehören zu ihnen; was ihnen nicht passt, darf nicht veröffentlicht werden, sonst antworten sie mit Boykott und Drohungen (z. B. gegen Filme, Theater, Publikationen und Verleger), und der Staat der Kapitalisten steht auf ihrer Seite.

Marx zeigte die Einheit der Gegensätze, und wer nur eine Seite gelten lässt, ist kein Dialektiker mehr. Man mag jemanden wegen seiner politischen oder religiösen Ansichten verurteilen, aber man braucht ihn deswegen nicht zu hassen und zu verfolgen. Ebenso beweist die Praxis, dass nicht alle Genossen oder Linken liebenswerte und vorbildliche Menschen sein müssen.

Ich misstraue von Haus aus Frommen, weil sie glauben, von Gott ihren festen Massstab bekommen zu haben, wer verworfen ist und als Teufelsbrut misshandelt und betrogen werden darf; aber dennoch haben auch sie grosse gute Menschen hergebracht wie Johannes XXIII. Und ich habe seit vielen Jahrzehnten in der Freidenkerbewegung gearbeitet, aber ich habe auch unter ihnen nicht lauter Edelmenschen gefunden.

Wir können heute bereits in Farbe fernsehen; wir müssen nun auch aufhören, in Politik, Religion und Moral alles nur in Weiss und Schwarz zu sehen.

Otto Wolfgang, London

Die Finanzen des Vatikans

Die französische Monatsschrift der Führungskräfte in Finanz und Wirtschaft «L'EXPANSION» veröffentlichte in ihrer Januarausgabe 1972 eine interessante Untersuchung über die vatikanischen Kapitalbeteiligungen aus der Feder des in Rom tätigen amerikanischen Journalisten Paul Horne.

Seit dem Amtsantritt Pauls VI. wurde die Finanzpolitik des Vatikans grundlegend geändert und richtet sich nun nach folgenden drei Gesichtspunkten: bessere Rendite der Geldinvestitionen, Beschränkung der Kontrolle über Gesellschaften, an denen der Vatikan beteiligt ist, und grössere internationale Streuung. Diese Schritte sind notwendig geworden, weil sich die Kirche in den letzten paar Jahren stark bürokratisiert hat und viele neue Kommissionen, Sekretariate, Organisationen usw. gegründet worden sind. Die permanente Belegschaft hat sich um 30% vergrössert, und das 2. vatikanische Konzil soll etwa 60 Millionen Franken gekostet haben. (Diese erhebliche Summe hätte viel besser für die Beseitigung des Analphabetentums und für die Berufsausbildung in Süditalien verwendet werden können. Aber eben, Volksbildung ist die grösste Gefahr für die alleinseligmachende Heilslehre. Red.) Da die Kirche zudem noch 13 Millionen Almosenempfänger unterstützen muss, wurde das Budget bald etwas überbeansprucht. Auch wenn der Papst das Gegenteil behauptet hat, wie z. B. 1970 in Sardinien, so darf man den Vatikan guten Gewissens als reich betrachten. Wenn hier vom Reichtum die Rede ist, so sind nur die Finanzbeteiligungen gemeint und nicht die prächtigen Kunstschätze, welche keinen Gewinn abwerfen. Die Eintrittsgebühren für die Sammlungen reichen kaum zu deren Unterhalt.

Kardinal Egidio Vagnozzi, Präfekt für Wirtschaftsangelegenheiten, d. h. vatikanischer Finanzminister, erklärte, dass das angeblich zwischen 25 und 70 Milliarden Franken betragende Vermögen ins Reich der Fabel gehöre, denn man müsse unterscheiden zwischen dem eigentlichen Besitz des Vatikans und dem, was den anderen kirchlichen Organisationen wie Diözesen, Religionsgemeinschaften usw. gehöre. Bis heute aber hat sich Kardinal Vagnozzi geweigert, über den Umfang des von ihm verwalteten Geldhaufens Auskunft zu geben. Die Hauspostille des Heiligen Stuhls, der «Osservatore Romano», schrieb am 22. Juli 1970, dass das Vermögen nicht einen Hundertstel des vorerwähnten Höchtbetrages umfasse. Diese Behauptung mag mehr oder weniger stimmen, wenn man die vom Vatikan erwähnte Summe in Betracht zieht, die dem italienischen Fiskus deklariert wurde, um Steuerfreiheit auf die Dividenden zu erlangen. Auf Grund dieser Angabe konnte das vatikanische Vermögen auf «nur» 770 Millionen Franken geschätzt werden.

Der Vatikan mag nun mehr oder weniger reich sein, als man annimmt. Man weiss aber, dass ihm der alljährlich in aller Welt gesammelte Peterspfennig 16 Millionen Franken einbringt und die Einnahmen aus dem Verkauf von Briefmarken auch kein Pappenstiel sind. 1929 war es Benito Mussolini, der der römischen Kirche zu Reichtum verhalf. Durch den Abschluss der Lateranverträge erhielt der Vatikan als Entschädigung für den Verlust des Kirchenstaates im Jahre 1870 einen Scheck von 750 Millionen Lire und Rentenpapiere im Werte von 1 Milliarde Lire. Diese Riesensumme befolgte brav das mosaische Zeugungsgesetz und vermehrte sich beträchtlich.

Dass die jetzigen kirchlichen Vermögensverwalter nicht mehr so sehr ganze Gesellschaften kontrollieren wollen, hat seine Gründe darin, dass einerseits eine Verzweigung der Investitionen risikoärmer ist und anderseits ein von Monsignori umgebener grüner Verwaltungsratstisch die «Kirche der Armen» nicht so glaubhaft erscheinen lässt. Risikoverteilung und Spekulationsverbot sind eiserne Grundsätze der vatikanischen Finanzmanager. Natürlich hat der Vatikan immer noch massgebliche Beteiligungen an italienischen Unternehmen, so z. B. an der Banco di Roma, der Ceramica Pozzi und an der Shell Italiana. Für Ratschläge wenden sich die päpstlichen Säckelmeister namentlich an die Morgan Guaranty Trust, die Hambros Bank, die Schweiz. Kreditanstalt in Zürich, die Chase Manhattan Bank und an die First National City Bank. Die New Yorker Wall Street, die Londoner City und die «Gnomen von Zürich» arbeiten eng mit dem «Institut für Religiöse Werke», wie sich die vatikanische Bank christlich-prosaisch nennt, zusammen. Offiziell ist dieses